

Kommunistischer Aufbau

Die Bolschewisierung der KPD

Zur Geschichte der kommunistischen
Bewegung, Teil 1

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort - Kommunistischer Aufbau	3
2	Die historische Bolschewisierung - Simone Reymers	6
2.1	Verschiedene Wege der Arbeiterbewegung in ihrer Entstehung	6
2.1.1	Bolschewisierung und die unterschiedlichen Entwicklungswege der kommunistischen Parteien	6
2.1.2	Entstehung der Kommunistischen Partei Russlands	7
2.1.3	Der Prozess der Parteientstehung in Deutschland	9
2.2	Geschichte der KPD und ihre Bolschewisierung	10
2.2.1	Kurze Darstellung der Geschichte der KPD	10
2.3	Einzelaspekte der Bolschewisierung	21
2.4	Bewertung der Bolschewisierung der KPD ab 1925	23
3	Schlussbemerkungen - Kommunistischer Aufbau	25
3.1	Die historische Bolschewisierung	25
3.2	Bolschewisierung als permanente Aufgabe jeder kommunistischen Organisation	26
3.3	Bolschewisierung heute	27
3.4	Einige organisatorische Schlussfolgerungen	28
3.5	Nutzen wir die Erfahrungen der Bolschewisierung für den Aufbau der Kommunistischen Partei!	30

Vorwort

Kommunistischer Aufbau

Ohne zu wissen, wo man herkommt, kann man nicht wissen, wo man hingeht.

In Euren Händen haltet Ihr das erste Dokument aus unserer Analysereihe zum Thema „Geschichte der Kommunistischen Bewegung“.

Die alltägliche Brutalität des Imperialismus zwingt alle nach Fortschritt strebenden Menschen, sich erneut auf die Suche zu machen nach Möglichkeiten, den Kapitalismus und seine Unterdrückungsapparate auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. In „Ein Gespenst kehrt zurück – Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert“ haben wir versucht, darzustellen, wieso wir denken, dass der Haupthebel dafür nach wie vor die Schaffung einer Kommunistischen Partei ist.

Wir denken aber, dass ein neuer Anlauf zum Aufbau einer revolutionären kommunistischen Kampforganisation in Deutschland nur möglich ist, wenn wir es schaffen, die Erfahrungen, Erfolge und Niederlagen früherer Kommunisten richtig zu analysieren. Dabei geht es uns nicht um universitäres Geschichtsinteresse oder das Schwelgen in alten „besseren Zeiten“. Es geht uns darum, aufbauend auf unseren Untersuchungen den Kampf für eine neue kommunistische Welle heute wieder aufzuneh-

men, indem wir richtiges wiederholen und falsches verwerfen. Nur auf dieser Grundlage werden wir uns in die Lage versetzen, den Enttäuschungen und Vorurteilen vieler fortschrittlich gesinnter Menschen überzeugend gegenüberzutreten und letztendlich auch in den breiten Massen erneut die Hoffnung für den Kampf um den Kommunismus zu wecken.

Des weiteren wird uns ein Wissen über unsere eigene kommunistische Geschichte helfen, den vor allem in Deutschland immer wieder zerissenen Faden der kommunistischen Bewegung neu aufzugreifen und das Feuer der Jahrhunderte alten Tradition der für die Befreiung der Menschheit kämpfenden GenossInnen neu zu entfachen.

Da wir die Geschichte in ihrer historischen Entwicklung analysieren, haben wir uns entschlossen, für dieses erste Dokument den Artikel 'Die historische Bolschewisierung' von Simone Reymers herauszugeben, welcher die Entwicklung der historischen Kommunistischen Partei Deutschlands zwischen 1918 und 1933 und insbesondere der Phase der Bolschewisierung behandelt. Dieser Text beinhaltet Positionen, die über den von uns erreichten kollektiven Diskussionsstand hinausgehen. Wir wollen ihn aber hiermit trotzdem der revolutio-

nären Bewegung zur Diskussion zur Verfügung stellen.

Die historische Bolschewisierung war der Versuch der jungen Kommunistischen Internationalen (KI) in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts, die Erfahrungen der russischen Bolschewiki auszuwerten, zu verallgemeinern und somit den zu diesem Zeitpunkt überall auf der Welt neu gegründeten Kommunistischen Parteien bei der Überwindung ihrer sozialdemokratischen Muttermaile zu helfen. Auch wenn die Kommunistische Internationale nach dem offenen Verrat der II. Internationale zu Beginn des ersten Weltkriegs einen Triumph mit der Gründung von zahlreichen Kommunistischen Parteien feiern konnte, blieben die allermeisten dieser neuen Parteien den Traditionen der Sozialdemokratie verhaftet.

Die ganze Frage der Bolschewisierung ist eigentlich schon in unserem ersten Theoretischen Dokument „Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert“ (und zwar im Anhang zur Entwicklung des Parteiverständnisses) aufgeworfen. Der 1. Weltkrieg und die Niederschlagung von zahlreichen revolutionären Erhebungen der Arbeiterklasse in Europa hatte den KommunistInnen deutlich vor Augen geführt, dass die bürgerlichen Staaten nicht weniger zu fürchten waren, als es der russische Zarismus war. Nun galt es, daraus praktische Schlussfolgerungen im Parteaufbau zu ziehen.

Wenn wir von den konkreten historischen Bedingungen absehen, unter denen die Frage der Bolschewisierung sich der kommunistischen Weltbewegung stellte, ist es nichts anderes als die Frage des Unterschieds zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen, d.h. bürgerlichen Parteien. (siehe Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert, S. 8)

Was macht für uns heute die Beschäftigung mit der Bolschewisierung sinnvoll?

Gerade die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) war nach der Oktoberrevolution bis zum Sieg des Faschismus weltweit neben den Bolschewiki als großes Vorbild der Kommunistischen Parteien aller Länder bekannt. Der nicht in voller Konsequenz vollendete Kampf gegen die sozialdemokratischen Traditionen ist die letzte große schmerzhafteste Erfahrung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die zeigt, was passiert, wenn es nicht gelingt, eine wirklich leninistische Partei aufzubauen. Dem Faschismus gelang es auch wegen dieser Mängel, die Kommunistischen Parteien derart stark zu dezimieren.

Dennoch: Heute ist natürlich vieles anders. Die reformistische/konterrevolutionäre und die revolutionäre Tradition der Arbeiterklasse sind (obwohl letztere meist überaus schwach ist) klar organisatorisch getrennt. Wir erleben heute keinen jahrzehntelangen Kampf zwischen revolutionären und konterrevolutionären Teilen der Sozialdemokratie, wie ihn Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und viele andere Jahre lang in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) ausfochten. Ein solcher langer Kampf innerhalb der Sozialdemokratie war damals die Voraussetzung für eine Spaltung der Sozialdemokratie, bei der erhebliche Teile der Strukturen unter neuer – kommunistischer – Flagge erhalten blieben.

Auf kleinerem Maßstab aber werden wir in Zukunft vor ähnliche Entwicklungen gestellt sein. Die Frage der Einheit der KommunistInnen wird nicht nur gelöst, in dem sich diejenigen, die bereits heute auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehen, vereinigen. Auch werden sich im Kampf mit anderen Strömungen die Vor-

stellungen der Marxisten-Leninisten weiterentwickeln und sich GenossInnen anderer Strömungen neu orientieren.

Im Anschluss an den Artikel von Simone Reymers werden wir versuchen, einige Schlussfolgerungen zur Bewertung des damaligen Versuchs der Bolschewisierung sowie Schlußfolgerungen für die heute vor uns liegenden Aufgaben darzulegen.

In einer nächsten Ausgabe wollen wir uns Stück für Stück an die jüngere Entwicklung der kommunistischen und revolutionären Bewegung herantasten.

Wir hoffen auf interessante Rückmeldungen und neue Anregungen für unseren revolutionären Kampf!

Kommunistischer Aufbau, Dezember 2014

Die historische Bolschewisierung

Simone Reymers

2.1 Verschiedene Wege der Arbeiterbewegung in ihrer Entstehung

2.1.1 Bolschewisierung und die unterschiedlichen Entwicklungswege der kommunistischen Parteien

„Bolschewisierung ist die Tätigkeit, die allgemeinen Grundsätze des Leninismus auf die gegebene konkrete Situation in dem einen oder anderem Lande anzuwenden.“

(Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern; beschlossen vom EKKI März/April 1925)¹

Das Konzept der Bolschewisierung kann nur vor dem geschichtlichen Hintergrund der unterschiedlichen Entwicklungswege der KP's im Westen und in Russland verstanden werden. In den KI-Dokumenten ist immer wieder von im Westen fehlenden Kampferfahrungen die Rede. Es sind die Klassenkämpferfahrungen, die die Bolschewiki als kommunistische Kaderpartei,

die die Revolution zur Vernichtung des Imperialismus plant, organisiert und ideologisch die Massen dafür gewinnt, vor allem in der Illegalität gesammelt hatten. Die Lehren, die daraus gezogen wurden, sind der Bolschewismus bzw. Leninismus, der es verstanden hat, den Marxismus mit den konkreten politischen und ökonomischen Bedingungen in Russland zu verbinden und damit die Revolution zum Erfolg zu führen. Die Kommunisten der westlichen Länder sammelten ihre Erfahrungen innerhalb der Tradition sozialdemokratischer Parteistrukturen, Parteiorganisationen, Parteiideologie und Parteiarbeit. Im Rahmen der Bolschewisierung wird von der KI herausgearbeitet, zu welchen Schwierigkeiten, Unterschieden, Misserfolgen und Erfolgen es in der Geschichte der KP's verschiedener Länder gekommen ist.

Eine entscheidende Rolle für die Erfolge der Russischen Kommunistischen Partei (KPR) misst sie der Parteiorganisation, der leninistischen Partei neuen Typs und den daraus erfolgten Konsequenzen bei. Das heißt: Die Illegalität führte zu der Herausbildung von Kadern und einer Kaderpartei (Berufsrevolutionäre bzw. „Leninsche

¹Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern; beschlossen vom EKKI März/April 1925, zitiert nach: Verlag Rote Fahne, Die Bolschewisierung der KPD 1. Teil, S 29

Garde“), die auf völlig anderen Grundlagen/Strukturen zu einer arbeitsfähigen Partei organisiert werden musste als die legalen sozialdemokratischen Parteien z.B. im Westen. Die Kämpfe in der Illegalität erforderten andere Kampfformen, eine andere Disziplin, größeren Mut und Ausdauer als in der Legalität. Die Verbindungen zu den Arbeitern, der ideologische Einfluss auf die Arbeiter und die Kenntnis über Stimmungen und die Lage der Arbeiter bestanden für die Bolschewiki von Beginn an durch den Parteaufbau auf Grundlage der Betriebszellen.

„Der Begriff der „Bolschewisierung“ umfasst also die gesamte organisatorische Struktur und ideologische Einheit der Partei, die Anerkennung des demokratischen Zentralismus, den Aufbau des Berichts- und Protokoll-Wesen in der Partei, die Einrichtung von Verantwortlichkeiten, die korrekte Bestimmung des Verhältnisses zwischen Partei- und Gewerkschaftsfraktionen, die umfassende Entwicklung der Hebel der Massenarbeit sowie die ideologische Qualifizierung und Kontrolle der Kader, die Verhinderung von Fraktionsbildungen, ihre Einheit und Geschlossenheit nach außen bei lebendiger Diskussion im Inneren. Die Anerkennung der Beschlüsse der Mehrheit, die disziplinierte Unterordnung der unteren Ebenen unter die Beschlüsse der gewählten höheren Ebenen, die Führung der Kritik auf dem Wege der demokratisch-zentralistischen Instanzen ohne Fraktionsbildung – das kennzeichnet eine leninistische Partei. Bürgerliche Augen muss eine solche Partei als „bürokratisch“ erscheinen. Aber nur eine solche Partei wird in der Lage sein, gegenüber den gewaltigen Kräften

des Gegners siegreich zu bleiben, wird sich mit den Massen verbinden und die lebendige Einheit von Theorie und Praxis bilden können. In all diesen Fragen hatte die Partei Lenins theoretisch und praktisch den Weg gewiesen: Die Erfüllung der genannten Prinzipien und die Entwicklung ihrer organisatorischen Grundlagen wurden daher als „Bolschewisierung“ bezeichnet.“²

2.1.2 Entstehung der Kommunistischen Partei Russlands



Lenin und Stalin

Im zaristischen Russland herrschte der feudale Absolutismus mittels brutalster militärischer Repression. Nicht nur die Lage der Arbeiter, sondern auch die der Bauern, die die überwältigende Mehrheit der unterdrückten Massen bildeten, war unerträglich. Das ganze Kleinbürgertum und sogar die erst entstandene liberale Bourgeoisie war mit dem Absolutismus unzufrie-

²A. Plato, Zur Einschätzung... S. 347

³Vgl. Ossip Pjatnizki: Die Bolschewisierung der kom. Parteien der kapitalistischen Länder durch Überwindung der sozialdemokratischen Traditionen; Die KI; XIII Jahrgang 1932; Heft 10, S. 755-774 und Heft 11, S. 823 -841; Nachdruck in RGO, Band I, S. 129 - 166

den.³ Die politischen Parteien der ArbeiterInnenklasse entstanden nahezu gleichzeitig mit den wichtigsten bürgerlichen Parteien. Alle anti-monarchistischen Parteien mussten zu diesem Zeitpunkt in der Illegalität arbeiten. Russland steuerte um 1905 auf eine bürgerlich-demokratische Revolution zu, die der Zar 1907 beim Moskauer Aufstand militärisch unterdrückte.

In Russland gab es in der Zeit vor der Revolution nicht die Möglichkeiten, große Versammlungen einzuberufen, legale Parteiorganisationen zu schaffen und eine legale Parteipresse zu haben. Es gab auch keine legale Arbeiterorganisationen und selbst Gewerkschaften waren die meiste Zeit verboten. Die Kommunisten in Russland waren von Beginn an gezwungen, eine Organisationsform zu finden, die ohne legale Massenzeitungen und legale Massenversammlungen das Klassenbewusstsein in die ArbeiterInnenklasse trägt, um diese für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen und zu organisieren.

Unter diesen Umständen konnte in den Wohngebieten keine direkte Verbindung zu den Massen aufgebaut werden. Die Illegalität hat die Bolschewiki gezwungen, ihre Grundorganisationen in den Betrieben aufzubauen, da ihre Arbeit dort am ehesten durch die Solidarität der ArbeiterInnen geschützt war. Diese erste Organisation der ArbeiterInnenklasse war die Parteiorganisation.

„Das waren die wesentlichen Gründe dafür, dass die wirtschaftlichen Kämpfe immer unter der politischen Führung der Partei standen, ja das die Bolschewiki sämtlichen Versuchen der Menschewiki, die Gewerkschaften den reformistischen Verbänden Westeuropas anzupassen, erfolgreich

entgegentreten konnten: Die Bolschewiki hatten durch ihre Fraktionen, vom Betrieb bis zu den höchsten Ebenen, die Führung in den Gewerkschaften. Die Fraktionen wurden von der Partei kontrolliert; die revolutionären Sozialdemokraten leisteten Überzeugungsarbeit in den gewerkschaftlichen Massenorganisationen.“⁴

Erst nachdem die illegale bolschewistische Kaderpartei aufgebaut, sich ein Programm gegeben, eine Strategie und eine Taktik herausgebildet hatte, entstanden in Russland die Gewerkschaftsorganisationen (1905-1907). Und erst nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 wurden die Gewerkschaften Massenorganisationen.

„In der Kommunistischen Partei Russlands hat sich, dank dem zwanzigjährigen illegalen Bestehen, der Typus des Berufsrevolutionärs, „die Leninsche Garde“, die „schon alles mitgemacht“ hat, herausgebildet. Diese Berufsrevolutionäre sammelten eine gewaltige Erfahrung in dem den politischen Verhältnissen angepassten Aufbau der Parteiorganisation. Diese Erfahrung geht den ehemaligen Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteien Europas ab. Daher gelingt es unseren kommunistischen Bruderparteien dort nur mit Mühe und mit großen Opfern, ihre Parteiorganisation den illegalen Verhältnissen, in die sie durch die Bourgeoisie versetzt worden sind, anzupassen.“⁵

Wir können also festhalten:

- Die Illegalität war entscheidend für die Entwicklung von kommunistischen Berufsrevolutionären, einer revolutionären Strategie und Taktik sowie einer Kaderpartei, die die Re-

⁴A. Plato, Zur Einschätzung...S. 349

⁵O. Pianitzki, Reorganisation-Parteiaufbau, S. 19

volution organisiert und erfolgreich durchgeführt hat.

- Die Entstehung der Partei in den Betrieben ermöglichte von Beginn an, Teil der Klasse zu sein und von der ArbeiterInnenklasse als Avantgarde anerkannt zu werden.
- Die Kommunisten waren von Beginn an führenden Positionen Teil der Gewerkschaften und hatten damit die politische Führung und den ideologischen Einfluss auf die Massen.

2.1.3 Der Prozess der Parteientstehung in Deutschland

Die Arbeiterbewegung Westeuropas entwickelte sich aus spontanen Betriebsorganisationen zu Arbeiterkoalitionen ganzer Orte, Regionen oder Branchen, wie bereits Marx und Engels im Kommunistischen Manifest festgestellt hatten. In Deutschland entstanden unter kapitalistischen Verhältnissen erst die ArbeiterInnenvereine, aus denen sich Gewerkschaftsverbände noch vor den ArbeiterInnenparteien herausbildeten. 1868, als die Gewerkschaften noch Richtungsgewerkschaften waren („Eisenacher“ und „Lassalleaner“), stand schon die organisatorische Trennung zwischen Ökonomie und Politik fest. Kommunistische Agitation und Propaganda über Fraktionsarbeit unter den Massen war unbekannt. Wirtschaftskämpfe entstanden zu dieser Zeit als spontane Protestaktionen ohne politische Perspektive und ohne politische Füh-

rung. Die Gewerkschaften blieben zersplittert und zünftlerisch.

1863 schlossen sich verschiedene Arbeitervereine unter Lassalle zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) zusammen, der sich der I. Internationale (1864) anschloss⁶. Es folgte 1869 die Gründung der Sozialdemokratischen Partei (W. Liebknecht/A. Bebel) im Zusammenschluss mit Lassalle. Sie war nach Wahlbezirken, Ortsgruppen und Wohngebieten organisiert. Die SPD stand damals auf marxistischer Grundlage und hatte den revolutionären Klassenkampf zum Ziel, hob aber nicht die Trennung zwischen dem politischen und ökonomischen Kampf auf. Streiks blieben Sache der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften waren nicht nach Betrieben organisiert. Sie hatten aber in den Betrieben ihre Funktionäre wie Kassierer und Vertrauensleute. Die SPD war durch ihre Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre mit der Gewerkschaft verbunden. Das gesamte Leben der Parteiorganisation konnte legal geführt werden und spielte sich außerhalb der Betriebe ab. Öffentliche ArbeiterInnen- und Parteiversammlungen wurden z.B. in ArbeiterInnenvierteln abgehalten und dort auch rege besucht.

Auch wenn die bürgerlich-demokratische Revolution 1848 in Deutschland unvollendet geblieben ist, ist das Kaiserreich von 1871 bis 1918 politisch trotz mancher Rückständigkeit gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit einer bürgerlichen Demokratie (England, Frankreich, USA), nicht mit dem russischen Absolutismus vergleichbar. Wie Lenin feststellte, war Deutschland ein bürgerlich-

⁶Der ADAV weigerte sich, Arbeiterkämpfe zu führen. Diese Haltung wurde durch die Theorie des ehernen Lohngesetzes durch Lassalle begründet, das die Lohnkämpfe zur Aussichtslosigkeit verurteilte.

⁷Geschichte der Neuzeit; Reprint Verlag Neue Zeit; 1978; Geschichtsbuch für die sowjetische Besatzungszone; Übersetzung nach dem russischen Original, 5. Auflage, 1950; S. 31

junkerlicher Staat, d.h. es herrschte ein Bündnis zwischen altem Feudaladel und aufkommender (Groß)bourgeoisie.⁷ Sowohl unter den Sozialistengesetzen (1878 bis 1890) wie während des 1. Weltkriegs (1914 bis 1918) blieben bedeutende legale Handlungsmöglichkeiten für revolutionäre Sozialdemokraten und Kommunisten insbesondere im Rahmen der SPD-Parlamentsfraktion bestehen. Die Tätigkeit revolutionärer GewerkschafterInnen wurde zwar behindert, gleichzeitig aber versucht, die Massenorganisation der ArbeiterInnenklasse in das System einzubinden.

Dies führt zu zwei der russischen Entwicklung genau entgegengesetzten Tendenzen:

- Die Parlamentsfraktion wird zum Zentrum der politischen Partei, von dem die absolute Vorherrschaft des Legalismus ausgeht.
- Die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf bildet sich heraus und ihre organisatorische Selbstständigkeit wird durch die Aufteilung der Funktionen der Arbeiterbewegung und ihres Kampfes auf zwei Organisationen verfestigt. Die Partei macht Politik - um die wirtschaftlichen Fragen kümmert sich die Gewerkschaft.

Die Entwicklung während des 1. Weltkrieges beweist anschaulich, dass man mit solchen falschen Organisationsprinzipien weder die politischen noch die wirtschaftlichen Bedürfnisse der ArbeiterInnenbewegung befriedigen kann.

Es ist kein Zufall, sondern Ausdruck objektiver Notwendigkeiten, dass beim ersten ernsthaften Revolutionsanlauf der deutschen ArbeiterInnenbewegung während des

Januarstreiks 1918 und dann in der Novemberrevolution die 'Revolutionären Oberteile' (als Gewerkschaftsstruktur) und der linke Flügel der 'Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands' (USPD) samt 'Spartakusbund' (als Parteistrukturen), wenn auch spontan und chaotisch, zusammenfinden mussten, um zumindest im Ansatz ein leitendes Zentrum für die revolutionäre Massenaktion zu formen.

2.2 Geschichte der KPD und ihre Bolschewisierung

2.2.1 Kurze Darstellung der Geschichte der KPD

'Spartakusbund' 1914 bis 1918

Die Auseinandersetzung in der SPD um die Frage der offenen, programmatischen Abkehr von der Revolution und Hinwendung zum Reformismus beginnt um 1895 mit der Debatte zwischen Eduard Bernstein als Vertreter der Möglichkeit des Übergangs zum Sozialismus durch die Reform, und August Bebel. 1910 fordert Rosa Luxemburg ihre SPD auf, die Organisationsstrukturen planvoll für außerparlamentarische Massenaktionen einzusetzen. Die Partei entschließt sich dagegen. Seither wird die Linke in der SPD zunehmend isoliert.

Bei Kriegsbeginn im August 1914 erreicht der historische Verrat der SPD und II. Internationalen seinen Höhepunkt mit dem Übergang auf Seiten des Imperialismus (Vaterlandsverteidigung, Zustimmung zu den Kriegskrediten im Parlament und Burgfriedenspolitik in den Betrieben, d.h. Verzicht auf jegliche Streiks). Die Opposition formiert sich um Karl Liebknecht und

Rosa Luxemburg in der Reichstagsfraktion der SPD als „Gruppe Internationale“ (später 'Spartakusbund') und in den Betrieben um die Revolutionären Obleute, die drei große Massenstreiks (1916 Solidaritätsstreik für Liebknecht, April 1917 Brotstreik und Januar 1918 Massenstreik gegen Krieg und für die demokratische Republik) organisieren.

Im März 1917 wird die linke Opposition aus der SPD ausgeschlossen und bildet fortan die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) als zentristische Partei aller Kriegsgegner. Die Spartakusgruppe arbeitet als Fraktion innerhalb der USPD. Sie setzt damit ihre Taktik der „Zurückeroberung der Partei von unten auf durch die Rebellion der Masse“ fort, die sie bereits zuvor in der SPD verfolgt hatte. Diese politische Linie ist nicht umsonst einer der ideologischen Knackpunkte im Streit zwischen den Bolschewiki und dem „Luxemburgismus“, da sie u.a. den Verzicht auf den Aufbau einer revolutionären Partei neuen Typs beinhaltet. Rosa Luxemburg hatte ihre Position in einem Brief an Clara Zetkin, die damals schon eine von der Sozialdemokratie getrennte kommunistische Organisation vorschlug, wie folgt begründet: „Willst Du vielleicht aus der Menschheit auch austreten? Über geschichtliche Erscheinungen von diesem Maßstab vergeht einem jeder Ärger und es bleibt nur Platz für kühles Überlegen und hartnäckiges Handeln. (...)“⁸

Der Spartakusbund baut ein illegales Propagandanetzwerk auf, zunächst über Verbindungsleute in den Industriezentren. Das organisatorische Gerüst dehnt sich von Mitte 1915, wo es Verbindungsleute in 300

Orten gibt, auf etwa 3.000 Orte Anfang 1918 aus.

„Aus den Polizeiberichten geht hervor, dass die Mitglieder der Gruppe Methoden konspirativer Arbeit entwickelten, wie die der Abschirmung. Aber aus Briefen und Tagungsprotokollen zeigt sich auch, dass die Spartakusgruppe keine präzise Vorstellung über die Wirkungen ihrer Propaganda besaß, daß sie sich, wie vor allem die beiden Reichskonferenzen der Gruppe lehren, bei der Einschätzung der revolutionären Haltung der Arbeiter auf Stimmungsberichte ihrer politischen Gesinnungsgenossen verlassen mußte. Was fehlt, ist die ununterbrochene systematische Ermittlungstätigkeit. Kennzeichnend ist, daß die Elemente der Kaderbildung, die Erziehung revolutionärer Arbeiter im Kampf spontan verlief, mit einem Wort, daß die Organisation bis zum Schluß überwiegend eine Propagandainstitution blieb, bei der von der Zentrale die Analysen und Parolen ausgegeben und von den Massen aufgenommen und verbreitet wurden.“⁹

Der organisatorische Bruch mit der Sozialdemokratie findet bei der Herausbildung des Spartakusbundes 1914 bis 1918 im doppelten Sinne nicht statt: Nicht formal und schon gar nicht inhaltlich im Sinne einer Bolschewisierung. Die Propagandatätigkeit in der erzwungenen Illegalität schafft Voraussetzungen zur Entwicklung einer bolschewistischen Praxis. Anscheinend besteht über diese Frage aber keine Klarheit, da das Organisationsverständnis der revolutionären Spartakisten von der sozialdemokratischen Tradition geprägt ist.

⁸Bolschewisierung der KPD, S. 312

⁹Bolschewisierung der KPD, S. 313f

Revolutionsjahre 1918 bis 1923 und Schaffung der KPD



Leo Jogiches

Die politische Zentrale des Spartakusbundes wird 1916 weitgehend zerschlagen und fast alle Führer (Luxemburg, Liebknecht, Zetkin) werden verhaftet. Die Führung des Spartakusbundes liegt jetzt in den Händen von Leo Jogiches, der z.B. von der 70er-Jahre K-Gruppe 'KPD/AO' dahingehend eingeschätzt wird, dass seine „*konspirative Erfahrung und organisatorische Befähigung (...) in Deutschland kein Beispiel*“ hatte: „*Dass auch er in der Entwicklung eines Typs von Partei, die Demokratie mit Zentralisierung verband, keinen Schritt weiterkam, zeigt die objektive Verkettung der gesamten deutschen Linken an die organisatorischen Strukturen der Vorkriegssozialdemokratie, blieb sie doch in all ihren Versuchen der Neubestimmung mit dem starren Schema der Gegenüberstellung*

von revolutionärer Masse und degenerierten Organen negativ diesen Strukturen verbunden.“¹⁰

Die organisatorischen Mängel der Spartakusgruppe zeigen sich beim Januarstreik 1918. Zwar tritt hier der illegale Propagandaapparat der Gruppe in Aktion (Verbreitung von Flugschriften in einer Auflage von 25.000 bis 100.000 schwerpunktmäßig in Berlin). Zu den betrieblichen Strukturen der Revolutionären Obleute als Träger des Streiks gibt es aber wenig organisatorische Verbindung.

Hier macht sich die später von Pjatnizki kritisierte, in der Tradition der sozialdemokratischen Parteien begründete Trennung zwischen politischem und wirtschaftlichem Kampf besonders empfindlich bemerkbar. Auf der einen Seite gibt es die spartakistischen Revolutionäre, deren Arbeit unter den Massen vor allem propagandistisch und tendenziell einseitig von oben nach unten aufgebaut ist (in der Tradition der einstmaligen revolutionären SPD-Reichstagsfraktion). Auf der anderen Seite haben wir die illegale Organisation der Revolutionären Obleute in den Betrieben, die mitten im Weltkrieg unter Bedingungen des Ausnahmezustandes in der Lage sind, 400.000 ArbeiterInnen der Rüstungsindustrie in den Streik zu führen, politisch aber von den Zentrissen der USPD beeinflusst sind. Es war nicht gelungen, beide Teile zu einer bolschewistischen Organisation zu vereinigen.

In der Novemberrevolution 1918 und den revolutionären Kämpfen bis März 1920 überrollt die spontane Bewegung folgerichtig immer wieder die schlecht vorbereiteten Revolutionäre. Es fehlt ihnen die gefestigte Struktur, den revolutionären Kampf zu leiten und zum Sieg zu führen.

¹⁰Bolschewisierung der KPD“, S. 315f



Karl Liebknecht

Zum Jahreswechsel 1918/19 wird die KPD als Vereinigung von Spartakusbund und aller anderen revolutionären Kräfte und damit faktisch als Zusammenschluss verschiedenster revolutionärer Zirkel mit teils gegensätzlichen politischen Anschauungen gegründet. Die angestrebte Aufnahme der Revolutionären Obleute scheitert. Die fähigsten Führer der KPD werden direkt nach der Gründung von der Konterrevolution liquidiert (Karl und Rosa im Januar 1919 und Leo Jogiches im März 1919). Die Partei wird von heftigen politischen Konflikten erschüttert und schwankt zwischen linksradikalen Stimmungen und rechtem Opportunismus hin und her, ohne den richtigen, bolschewistischen Weg zu finden. Dazu nur zwei anschauliche Beispiele:

Auf dem Gründungskongress der KPD fordert Eberlein als Organisationsreferent der Spartakus-Gruppe: *„Die einzelnen Orte müssen für die Gestaltung ihrer Organisation völlige Freiheit behalten. Es darf von oben her nicht uniformiert werden.*

Die einzelnen Organisationen müssen völlige Autonomie haben.“ Mit diesem antibolschewistischen Parteikonzept wird dem Regionalismus Vorschub geleistet, der eine wichtige Rolle für die Niederlagen der bewaffneten Aufstände in den Revolutionsjahren bis 1923 spielen wird. Die Gegentendenz wird von Paul Levi repräsentiert, der unter seiner Führung auf dem 2. Parteitag eine Zentralisierung nach sozialdemokratischem Muster durchsetzt und später wieder in die SPD zurückgehen wird.

„Die Leitsätze, die Levi auf dem Heidelberger Parteitag vorlegte, hatten nichts gemein mit der Bolschewisierung der Partei, waren aber ein Schritt heraus aus dem Zustand, 'in dem allerhand Götter kleineren Formats als angebliche Willensvollstrecker der örtlichen Mitgliedschaften ihrer persönlichen Unklarheit und Wirrköpfigkeit frönen konnten.' Sie legten fest, daß 'die politische Partei zur Führung des revolutionären Massenkampfs berufen' sei, und bestimmten die Avantgarderolle der Partei.“¹¹

Die Kenntnis dieser Verhältnisse sollte dabei helfen, Lenins Intention bei der Abfassung der Schrift „Der linke Radikalismus“ besser zu verstehen, die sich speziell mit den deutschen KommunistInnen beschäftigt.

Auf dem 2. Parteitag der KPD 1920 kommt es zur Trennung von den linksradikalen Teilen, die dann die KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) bilden. Zuvor hatten die Bolschewiki mit der Bildung der KI Einfluss auf Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland genommen. Mit Blick auf die massenweisen Eintritte von einzelnen Mitgliedern oder ganzen Teilstrukturen der sozialdemokratischen Parteien in die kommu-

¹¹Bolschewisierung der KPD, S. 323f

nistischen Parteien gab die KI mit den 21 Aufnahmebedingungen eine klare Ausrichtung zur Unterscheidung von kommunistischer und sozialdemokratischer Politik. In der Folge beschließt die USPD den Beitritt zur III. Internationale und vereinigt sich mit der KPD, die so auf einen Schlag zu einer massenhaften Partei mit 450.000 Mitgliedern wird.

Während der bewaffneten Kämpfe 1920 zur Abwehr des Kapp-Putsches durch die 'Rote Ruhrarmee' und im März 1921 in Mitteldeutschland durch die 'Proletarischen Hunderterschaften' bremst die rechte KPD-Führung die notwendige Vorbereitung zur Durchführung des revolutionären Aufstands. Die innerparteilichen Fraktionskämpfe der verschiedenen Strömungen konnten nicht geklärt und die Einheit der Partei nicht hergestellt werden.

Einschätzung der KPD 1920/21

Eine wirkliche politische und militärische Vorbereitung dieser Kämpfe hat im Gefolge des Heidelberger Parteitags und der politischen Orientierung durch die Leitsätze der Komintern nicht stattgefunden. Vorübergehend setzt sich in dieser Periode das Konzept von der Revolution als langem Prozess mit Höhen und Tiefen durch. Somit wird die Orientierung auf den bewaffneten Aufstand in die unbestimmte Zukunft verschoben, statt ihn als konkret zu planende Aufgabe zu verstehen. Es ist vor diesem Hintergrund einleuchtend, dass Paul Levi 1921 die Taktik der KPD und der Komintern als „putschistisch“ kritisiert und nach seinem Ausschluss aus der KPD (auf Betreiben Sinowjews und der KI) über Umwege wieder bei der SPD landet.

Auf der anderen Seite erkennen wir bei den Ultralinken den Fehler, auf der Grundlage der Vorstellung einer linearen politi-

schen Entwicklung in Richtung Revolution die Organisation des Aufstands im wesentlichen als technische Aufgabe zu verstehen und die notwendigen politischen Vorbereitungen nicht zu treffen (unzureichende Betonung der Notwendigkeit, die hartnäckige Arbeit unter den Massen fortzuführen).

Beide Tendenzen führen zum selben Ergebnis. Hier sieht man, wozu diese organisatorische Schwäche und mangelnde ideologische Klarheit im Zusammenhang mit einem wirklich ausbrechenden revolutionären Kampf geführt hat - nämlich zum Hinterherhecheln hinter der Initiative der Massen bei allen regionalen organisatorischen Leistungen der Genossen und schließlich zur unkontrollierten Niederlage mit hohen Verlusten statt geordnetem Rückzug und planmäßiger Vorbereitung der nächsten Offensive.

Auch wenn die Linie der KI richtig war, den massenhaften Übergang sozialdemokratischer Arbeiter zur USPD auszunutzen, um die reformistischen Führer zu isolieren und die Massen zur KPD/KI zu ziehen (in der revolutionären Situation eine notwendige Maßnahme), war die KPD mangels DZ-Struktur allein organisatorisch gar nicht in der Lage, diese Massen im bolschewistischen Sinn zu führen. In der Konsequenz musste das zu einer Rechtsentwicklung führen, die dann auch im entscheidenden Jahr 1923 eingetreten ist.

Die verpasste Chance 1923 – Hyperinflation, Revolutionäre Krise und Hamburger Aufstand

Bis 1923 verschärft sich die ökonomische (Hyperinflation, Verelendung) und politische Situation soweit, dass eine offen revolutionäre Krise in Deutschland heranreift. Bereits im Sommer fegt ein politischer Generalstreik die Cuno-Regierung hinweg.



Hamburger Aufstand - Gemälde von Willy Colberg, 1953

Die KI interveniert direkt und bildet unter teilweiser Umgehung der KPD-Führung ein Vorbereitungskomitee für den Aufstand. Im Ergebnis der mangelnden ideologischen Vorbereitung und der zögerlichen Haltung der rechten KPD-Führung (Thalheimer/Brandler)¹² kommt es lediglich in Teilen Hamburgs zu einem Aufstandsversuch, der von der Reichswehr nach kurzer Zeit niedergeschlagen wird.¹³

Stabilisierung 1924 bis 1928 und Bildung des Thälmann-ZK

In der Folge des von den Rechten sabotierten Aufstands kommt es beim 9. Parteitag der KPD zur Wahl eines linken ZK, welches dann eine extrem linksradikale Politik

betreibt. Die linkssektiererische Politik unter Ruth Fischer (Ablehnung der Arbeit in den Gewerkschaften und Liquidierung der bestehenden Fraktionen in ihnen, Ablehnung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Propagierung des revolutionären Aufstands in einer Situation, wo sich die ökonomische und politische Lage stabilisiert und die revolutionäre Welle abebbt) wird von der KI massiv kritisiert. Zur Haltung der KI in der Frage der Einsetzung der linken Führung sind folgende Zitate aus Reden und Briefen von Sinowjew interessant:

„Es ist gesagt worden, eine Spaltung der deutschen Kommunistischen Partei bedeute den Untergang der deutschen Revolution, zum mindesten deren Hinausschieben auf weitere 5 Jahre. Das ist absolut richtig. (...) Wir alle wissen, dass es Lagen gibt, in denen man eine Spaltung vornehmen muss. In solchen Fällen nehmen wir sie auch vor. Aber es gibt auch Lagen, in denen man alles schlucken muss, um keine Spaltung zuzulassen.“

„Die Herrschaft der Linken in der Partei war der einzige Fall, wo eine Parteiführung die Partei gegen den Willen der Komintern eroberte.“¹⁴

Inzwischen hatte sich die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland näm-

¹²In einer zugespitzten revolutionären Krise im Sommer 1923 orientiert die rechte Parteiführung (Brandler/Thalheimer) auf eine Arbeiterregierung mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie, verschleppt die organisatorische Vorbereitung des Aufstands und sabotiert ihn im entscheidenden Moment, indem sie die Festlegung des Termins bzw. die Ausrufung des Aufstands von der Zustimmung aller möglichen sozialdemokratischen, zentristischen und syndikalistischen Arbeiter auf der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz abhängig macht.

¹³Die Entwicklung in der KPD hin zum Hamburger Aufstand ist gut dokumentiert und wird hier aus Platzgründen nicht detailliert dargestellt. Sie kann u.a. nachgelesen werden in dem Bericht des militärischen Leiters des Aufstand, Hans Kippenberger, der im illegalen Lehrbuch der KI „Der bewaffnete Aufstand“, Reprint 1971 Europäische Verlagsanstalt, als 4. Kapitel veröffentlicht ist. Die politische Entwicklung wird am besten analysiert von Alexander von Plato, Zur Entwicklung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Oberbaum-Verlag, Reihe Materialistische Wissenschaft, Bd. 8, 1973

¹⁴Plato, S. 142f

lich entscheidend verändert. Der Dawes-Plan, der u.a. einen Kapitalexport der USA nach Deutschland beinhaltet, führt zusammen mit einer Währungsreform zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung. Im Jahr 1924 steigt die Industrieproduktion um 50% und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Auch die Reallöhne steigen massiv und die Lohnerhöhungen werden nicht mehr von der Inflation aufgefressen.



Ernst Thälmann

1925 wird das Thälmann-ZK gewählt, das eine Neuorientierung auf Grundlage der Bolschewisierung vornimmt und damit einen Kampf gegen das Linkssektierertum, den Rechtsopportunisten und den Fraktionismus führt.

Einschätzung 1924/25

Nach dem Verrat der Rechtsopportunisten im Oktober 1923 ist es zu einem derartigen 180-Grad-Schwenk der KPD gekommen, dass man fast von einer anderen Partei sprechen muss: Vom Sozialdemokratismus zur autoritär geführten linken Phra-

sendrescherpartei. Das Ergebnis bleibt dasselbe: Die Partei kann ihre Funktion nicht wahrnehmen. Sie bleibt eine Partei, deren Linie in erster Linie durch die Kämpfe, der in ihr bestehenden Fraktionen bestimmt wird, statt durch eine konkrete Analyse der konkreten Situation. Die Gefahr der Zerstörung der KPD ist in dieser Zeit sehr groß.

Die KI ist, wie man aus den sehr erhellenden Äußerungen von Sinowjew schließen kann, im politischen Gesamtkontext bemüht, die Spaltung zu verhindern, um nicht völlig die Kontrolle in Deutschland zu verlieren: Die Weltlage ist revolutionär und es gibt Massen in Deutschland, die sich unter die Führung der KP stellen. In dieser komplexen Situation ist keine Zeit, den Kampf mit den Linken auszufeuchten und von der Pike auf erstmal DZ-Strukturen aufzubauen. Deshalb versucht man mit dieser Organisation unter dieser Führung zu arbeiten, sie zu kritisieren und gleichzeitig Kräfte aufzubauen (Thälmann), unter denen eine wirkliche Bolschewisierung stattfinden kann.

Weltwirtschaftskrise und Sozialfaschismus, Bolschewisierung der KPD und Offensivstrategie 1928 bis 1931

Schon 1928 deuten Analysen der Weltwirtschaft tiefgreifende Krisen an, die dann als sogenannte „Weltwirtschaftskrise“ ab 1929 offen ausbrechen. Die SPD und die ADGB-Führung verschärften ihre arbeiterfeindliche Politik. Mit Hilfe der Theorie der „Wirtschaftsdemokratie“ – die letztendlich die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeit und Kapital zur Grundlage des Wirtschaftens macht – wird seit Mitte der 20er Jahre die forciert betriebene Verschmelzung der SPD- und Gewerkschaftsapparate mit dem Kapital im Staatsapparat, Arbeitsgemein-

schaften und Aufsichtsräten der Konzerne gerechtfertigt. In dieser Tradition stehen die „Arbeitnehmervertretungen“ bis heute.

vorangetrieben hat (z.B. Blutmai 1929 in Berlin¹⁵).



Demonstration der KPD, 1927

1929 war die NSDAP zu einer Massenbewegung angewachsen, die KI forcierte die ideologische Bekämpfung. KPD und KI analysierten damals, dass mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die Sozialdemokratie zum Steigbügelhalter der Faschisten (Sozialfaschismus) geworden war, da sie sich auf Gedeih und Verderb an den eigenen Kapitalismus/Imperialismus gebunden hatte und daher in der Krise zwangsläufig zur Durchsetzung immer neuer Lohnsenkungen gezwungen war und politisch dem forcierten Demokratieabbau zustimmen musste bzw. diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen aus antikommunistischer Gesinnung aktiv

Exkurs: Sozialfaschismus

Die in der Zuspitzung der Wirtschaftskrise und der Klassenkämpfe noch stärker als bisher zu Tage tretende reaktionäre Rolle der SPD legte die Grundlage für die Analyse des Sozialfaschismus. Sie beinhaltet allerdings anders als weit verbreitet nicht, dass die SPD – und schon gar nicht von Kopf bis Fuß – aus Faschisten bestand, sondern vielmehr, dass die SPD die wichtigste Vorbereitungsarbeit für die faschistische Machtergreifung leistete (Steigbügelhalter). Insbesondere wurde dies damit begründet, dass die Betriebsräte – oftmals unter sozialdemokratischer Hand – eine zentrale Rolle bei der Denunziation und Entlassung von kommunistischen Betriebsarbeitern spielte.

Kaum eine Ausrichtung der KPD und der Komintern wird so massiv angefeindet, wie die Analyse des Sozialfaschismus. Mit dem Sozialfaschismus hätten die Kommunisten Faschismus und Sozialdemokratie gleichgesetzt, faktisch die SPD zum Hauptfeind erklärt, so die Arbeiterklasse gespalten und den Faschismus 1933 erst ermöglicht. Solche Unterstellungen sind als Bestandteil der „Stalinismus“-Kritik ins linke Alltagsbewusstsein und leider auch der

¹⁵Die SPD-Regierung verbietet kommunistische Demonstrationen am 1. Mai 1929 in Berlin. Am Kampftag der Arbeiterklasse demonstrieren 200.000 Arbeiter auf den Aufzügen der KPD. Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) erteilt Schießbefehl auf die unbewaffneten Demonstranten: 31 Arbeiter werden erschossen, hunderte verletzt und 1200 verhaftet.

Der provokatorische Zweck der Aktion wird am 3. Mai deutlich. Auf Verlangen des Reichsinnenminister Severing (SPD) erfolgt das Verbot des Rotfrontkämpferbunds. Während die Selbstverteidigungsorgane der Arbeiter damit illegalisiert sind, bleiben die faschistischen Paramilitärs SA und SS bis zum Ende der Weimarer Republik legal. Diesen von der SPD ermöglichten Vorteil werden die faschistischen Stoßtrupps ausnutzen bei dem Versuch, vor 1933 in die roten Arbeiterviertel einzudringen, um dort im Sinne der Aufstandsbekämpfung Stützpunkte zur Kontrolle des Territoriums zu errichten (siehe dazu T. Derbent, *Der kommunistische Widerstand von 1933 bis 1945*, Zambon-Verlag, 2011; S. 17, 18)

heutigen kommunistischen Bewegung in Deutschland übergegangen. Aber es gehört auch zur historischen Wahrheit, die den Opportunisten damals wie heute ihre Propaganda erleichtert, dass es in der KPD fortgesetzt zu ideologischen Schwankungen gekommen ist. Insbesondere die linksradikalen Abweichungen haben sowohl theoretisch mit dem Slogan der „kleinen Zörgiebel“, die jeden sozialdemokratischen Arbeiter zum Feind erklärt, wie praktisch z.B. mit der verführten Gründung roter Gewerkschaften wie dem Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins¹⁶ im November 1930 zu jeder Menge politischer Fehler geführt. Dass die kommunistische Basis in dieser zugespitzten Klassenkampfsituation immer wieder weit über die von der Parteiführung ausgegebene Linie hinausging und nach Bewertung der KI in sektiererische Fehler verfiel, ist ein weiterer Beleg für den bis zuletzt herrschenden Liberalismus in der Partei und die nicht erfolgte Bolschewisierung.

Allerdings verdrehen die Opportunisten bei der Denunziation der Sozialfaschismustheorie bewusst Ursache und Wirkung. Bekanntlich sind die SPD und die II Internationale 1914 ins Lager des Imperialismus übergelaufen. Ihre konterrevolutionäre Politik in den folgenden Jahren bis 1933 hat u.a. dazu geführt, dass in Teilen der ArbeiterInnenklasse linksradikale Massentimmungen und Tendenzen innerhalb wie außerhalb der KPD immer wieder neue Nahrung erhalten haben. Zu behaupten, die SPD wäre durch eine linkssektiererische

sche Politik der KPD 1929 bis 33 in die Arme der Bourgeoisie getrieben worden, ist angesichts dessen einfach nur ein anti-kommunistisches Mantra, das keinerlei geschichtlichen Fakten standhält. Es war also die sozialdemokratische Führung und nicht die kommunistische, die die Arbeiterklasse spaltete, indem sie sich - vor die Frage gestellt, ob der Faschismus oder der Kommunismus zu bekämpfen sei - für den Kampf gegen den Kommunismus entschied.



Plakat der KPD

Notwendig hat sich daher ein politischer Verfall ergeben, der über den Lohnabbau in den Arbeitsgemeinschaften, den organisierten Streikbruch¹⁷, die Ablehnung

¹⁶Stefan Heinz, a.a.O.; S. 32, 33

¹⁷„Während die Reformisten beim Streik der Hafenarbeiter in Hamburg 1928 erst den Schutz der Streikbrecher auf sich nahmen, verpflichteten sie schon während des Metallarbeiterstreiks in Henningsdorf Mitte 1929 ihre Verbandsmitglieder zum Streikbruch, und Ende 1929, während des Streiks der Berliner Rohrleger, verwandelte sich der Metallarbeiterverband in ein richtiges Büro zur Anwerbung von Streikbrechern, warf bedeutende Summen zur Unterdrückung des Streiks aus, erreichte die Verhaftung des Streikkomitees und war der Hauptorganisator des Terrors gegen die Streikenden.“ S. Per; zit. nach Plato, a.a.O.; S. 231

jeglichen Widerstands gegen den Faschismus – die SPD weigerte sich beispielsweise 1932, mit der KPD gemeinsam zum Generalstreik gegen den Papen-Putsch der preußischen Landesregierung aufzurufen¹⁸ - bis hin zum Aufbau der DAF¹⁹ aus der Verschmelzung²⁰ von ADGB- und NSBO-Strukturen reicht. Wobei die Bedeutung des ADGB darin zum Ausdruck kommt, dass die betriebliche Verankerung der Nazis entgegen den im Geschichtsunterricht verbreiteten Mythen von der Verankerung unter den „Armen“ bis zur Machtergreifung äußerst gering war.²¹

Niederlage der Offensivstrategie und antifaschistische Politik 1931 bis 1933

Die KPD antwortet unter Anleitung der KI mit einer Offensivstrategie, die mit Hilfe der RGO versucht, die Arbeitermassen von den sozialdemokratischen Führern zu lösen, ökonomische Abwehrkämpfe gegen den Willen der ADGB-Bonzen durchzusetzen und so zu einer Revolutionierung der Mas-

sen und politischen Massenkämpfen und -streiks zu kommen.

1930 stand Merker mit seinen linkssektiererischen Praktiken (Ausgabe der Lösung der kleinen Zörgiebels) in der Kritik. Zurückgewiesen wurde die Gleichsetzung der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihrer sozialfaschistischen Führung. Die KI verurteilte auch die Gleichsetzung des autoritären Brüning-Regimes (Notverordnungen) mit dem Faschismus. Die vereinigte Gegenoffensive von Kapital, Staat und Sozialdemokratie führt 1929/30 zusammen mit den krisenbedingten Massenentlassungen zur Säuberung der Kommunisten aus den Betrieben. Die KPD wird weitgehend zu einer Erwerbslosenpartei.

1930/31 folgte die Kritik der KI an Neumann und Remmele und ihrer Zusammenbruchstheorie. Damit sagten sie, der Faschismus sei die letzte Herrschaftsform des Kapitalismus und die vom Nationalsozialismus enttäuschten Kleinbürger würden nach Abwirtschaftung des Faschismus der proletarischen Revolution zuströmen. Ihre Hoffnung auf einen Erwerbslosenaufstand wurde ebenfalls kritisiert.

¹⁸Plato, S. 270.

¹⁹DAF = Deutsche Arbeitsfront, faschistische Massenorganisation, in die ab Mai 33 die Arbeiter auf Basis der Volksgemeinschaftsideologie und eines betrieblichen Korporatismus integriert wurden.

²⁰Siehe dazu Plato, a.a.O.; 'Ausblick: ADGB-Politik 1933'; S. 192 bis 196, wo er das Resümee zieht: *„Daß die Auflösung des ADGB eben keine Zerschlagung durch den Faschismus, sondern akzeptierte Überführung in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) war, zeigt neben den obigen Fakten weiter die Tatsache, daß der größte Teil des Funktionärsstamms in die DAF übernommen wurde, zeigt außerdem die ganze Reibungslosigkeit des Aufbaus der DAF. Ganze Ortsverbände des ADGB blieben erhalten – nur ein Teil der Funktionäre wurde durch NSBO-Funktionäre ersetzt. Selbstverständlich handelte die ADGB-Führung unter der Drohung der Zerschlagung und Verhaftung – aber sie selbst hatte alle organisatorischen und ideologischen Bedingungen geschaffen, dass sie überhaupt nicht gegen den Faschismus kämpfen konnte. Damit konnte sie auch immer wieder begründen, warum sie nicht kämpfen wollte. Die ADGB-Führung hat niemals gegen den Faschismus gekämpft, sondern wählte in der Situation der klaren Alternative – Bündnis mit der RGO und KPD oder Unterordnung unter den Faschismus – in aller Deutlichkeit den Faschismus. Der Feind blieb der Kommunismus.“*

²¹NSBO = Nationalsozialistische Betriebsorganisation. Der Versuch der Nazis, mittels der NSBO in den Betrieben Fuß zu fassen blieb erfolglos, wie u.a. die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zeigen, wo sie 1931 nur 0,85% der Stimmen erhielten und selbst im März 1933 nach der Machtergreifung gerade mal auf 11,7% kamen; siehe Belege bei Plato, a.a.O.; S. 233 bis 238



Plakat der RGO

1932 arbeiten Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck eine Einheitsfrontpolitik aus, mit der alle Arbeiterorganisationen, die den Lohnkampf führen wollen, zu einer Zusammenarbeit aufgefordert werden. Diese Vorschläge werden von der Sozialdemokratie konsequent ausgeschlagen, wobei die sektiererischen Fehler der KPD (Politik der kleinen Zörgiebels, verfrühter Aufbau von kom. Richtungsgewerkschaften) propagandistisch ausgenutzt werden.

Politische Einschätzung 1928-1933

1925 war es endlich gelungen, eine Führung zu etablieren, die auf die Schaffung einer DZ-Struktur orientierte. Im Rahmen dieser Orientierung waren wichtige Schritte in Richtung Bolschewisierung eingeleitet worden. Ab 1928 zog man aus der ökonomischen und politischen Veränderung der Lage (inkl. der veränderten Rolle der Sozialdemokratie) die richtigen Analysen und politischen Schlussfolgerungen mit der Offensivstrategie und der Schaffung der RGO.

Diese Korrekturen erfolgten jedoch viel zu spät, es wurden noch viele Fehler gemacht und trotz anfänglicher Erfolge konnte die Offensive der Kommunisten innerhalb von zwei Jahren von der in den Betrieben verankerten konterrevolutionären Sozialdemokratie zurückgeschlagen werden. Die Vorbereitungszeit von drei Jahren (in denen nach der vorherigen Entwicklung offensichtlich auch erstmal die allernötigsten Grundlagen geschaffen werden mussten) reichte bei weitem nicht aus, um die betriebliche Verankerung der Reformisten zu brechen und die RGO-Offensive zum Erfolg zu führen. Wieder einmal waren die deutschen Kommunisten zu spät dran und nicht ausreichend vorbereitet: siehe 1918.

Bis 1930/31 haben die Reformisten die Kommunisten aus den Betrieben gejagt und dort durch eigene Kräfte ersetzt. 1932 war die KPD eine Erwerbslosenpartei. Auch wenn ihr ideologischer Einfluss noch groß war, wie sich an Wahlergebnissen zeigte, hatte sie die strategische Machtbasis für die Revolution verloren. Das war die entscheidende Weichenstellung für die Gegenoffensive der Bourgeoisie ab 1930 und die Errichtung der offenen Diktatur der Hitlerfaschisten im Januar 1933. Die Reformisten in SPD und ADGB haben diese Offensive und den Faschismus organisatorisch durch die Denunziations- und Rauschmisspolitik, durch Lohnraub und staatlichen Terror und die Faschisierungspolitik ab 1930 (Notverordnungsregimes) entscheidend vorbereitet (was sie natürlich nicht davor bewahrte, von den Nazis ab 1933 aus den Erfordernissen der faschistischen Diktatur heraus ebenfalls organisatorisch zer schlagen, politisch verfolgt und teilweise ermordet zu werden).

Die folgenden Schwankungen der KPD in der Antifa-Politik sind auf dieses Grundproblem zurückzuführen: Die strategische

Machtbasis in den Betrieben und die revolutionäre Offensive war schon verloren. Jetzt musste die faschistische Diktatur abgewendet werden. Dies versuchte man nach anfänglicher linkssektiererischer „Schlag-die-Faschisten-“Politik und der daraufhin erfolgenden KI-Kritik durch eine Orientierung aufs Kleinbürgertum (Volksrevolution, Programm der nationalen und sozialen Befreiung) und einer teilweise gefährlichen Annäherung an das Vokabular der Faschisten. Zeitweise unterschätzte man den Faschismus und tendierte zur Zusammenbruchstheorie (Neumann-Remmele-Kurs: Das Problem löst sich von selbst). Danach die erfolglosen Versuche zur Herstellung einer Einheitsfront mit den Kräften, die man nicht umsonst zuvor als Sozialfaschisten eingeschätzt hatte und die sich nicht zufällig einer Einheitsfront und Verhinderung des Faschismus widersetzen.

1933 wurde die faschistische Diktatur errichtet. Die entscheidende Niederlage der Revolution hatte bereits 1930 mit dem Scheitern der Offensive stattgefunden.

2.3 Einzelaspekte der Bolschewisierung

Lenin hebt zum Zeitpunkt der Schaffung der KI hervor, dass es ein großer Fehler der KP's ist, wenn sie die Erfahrungen Russlands mechanisch auf ihre Länder übertragen.²² Einerseits gibt es einige Grundzüge der russischen Revolution, die von internationaler Bedeutung sind, zum anderen weist jedes Land Besonderheiten auf.



Einheit des Rotfrontkämpferbunds

Im Sinne dieser allgemeinen Ausrichtung bildet die Bolschewisierung der KPD ab 1925 ein politisches Konzept, dass eine dialektische Einheit von allgemeinen Prinzipien (Leninismus), einer besonderen Klassenkampflage (eine junge, ungefestigte Partei; sozialdemokratische Traditionen usw.) und konkreten einzelnen Schritten (z.B. versuchte Umstellung auf Betriebszellen) ist.

Die Bolschewisierung der KPD umfasst u.a. folgende Ebenen:

- Die **ideologische Verteidigung des Marxismus-Leninismus**²³ (u.a. ging der Kampf der Kommunisten 1925 darum, dass der Marxismus und der Leninismus nicht gegeneinander gestellt werden dürfen²⁴, dass der Leninismus den Marxismus durch die Erfahrungen der drei russischen und die Erfahrungen einer Reihe anderer revolutionärer Bewegungen bereichert hat; die Bedeutung der revolutionären Tradition; die Auseinandersetzung mit einigen theoretischen Fehlern im Lager der Kommunisten,

²²Ausführlich nachzulesen bei Lenin: „Der linke Radikalismus. Kinderkrankheit des Kommunismus“

²³Verlag Rote Fahne, Die Bolschewisierung der KPD 1. Teil, S. 29

²⁴Damals wie heute wird der Leninismus ideologisch angegriffen und vom Marxismus getrennt, um den Kommunismus als Gesamtbild zu verfälschen. Dies wird heute nicht nur von Seiten der Sozialdemokraten und Revisionisten betrieben, sondern auch aus Teilen der Bourgeoisie oder des Kapitals.

insbesondere die Fehler der Luxemburgianer)

- Die **Überwindung des Fraktionismus und die Herstellung der Einheit der Partei**. Dazu war es notwendig, die prinzipielle Einheit herzustellen, d.h. vor allem den Rechts- und Linksoportunismus in der Partei zu besiegen und den Fraktionismus zu überwinden. Es galt also erst einmal die Voraussetzungen für eine DZ-Struktur zu schaffen. Dieser Prozess nahm mehrere Jahre in Anspruch.
- Die Entwicklung eines bolschewistischen Kadertyps, der sein Leben vollständig der revolutionären Aufgabe widmet und voll und ganz der Partei zur Verfügung steht. KPD und KI stellten selbstkritisch fest, dass dies in der Breite der Partei nicht gelungen ist. Andererseits gab es einen gefestigten Kern von Kadern²⁵, die den organisierten illegalen Kampf unter der Herrschaft des Faschismus getragen haben.
- Der **Aufbau eines Militärapparats**, die Vorbereitung auf den bewaffneten Bürgerkrieg und den Kampf in der Illegalität. Technisch waren diese Vorbereitungen wohl weit vorangetrieben. Das Problem in diesem Bereich revolutionärer Politik lag

eher auf der ideologischen und strategischen Seite.²⁶

- Der Reorganisation der KPD auf Basis von Betriebs- und ergänzend Straßenzellen zur Überwindung der sozialdemokratischen Tradition von losen Gruppen nach Wohngebieten, in denen es genügte, das Programm anzuerkennen und den Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Es ging also um die Durchsetzung von Lenin's drittem Kriterium der Mitgliedschaft, der aktiven Mitarbeit in einer Grundeinheit der Partei. Die russische Erfahrung hatte außerdem gezeigt, dass diese Organisationsformen deutlich schwieriger aufzudecken waren.²⁷
- Die **Aktivierung der Parteizellen** zur eigenständigen Arbeit. Aus der sozialdemokratischen Zeit der Partei ist die Tendenz vorhanden geblieben, dass die Basis der Partei sich im wesentlichen als ausführende Organe der Parteipolitik verstanden, während die Politik in den übergeordneten Strukturen entwickelt wurde. Diese Initiativlosigkeit an der Basis sollte überwunden werden; sie spiegelte sich auch in den seltenen Treffen der Basis-Zellen (z. B. 1x pro Monat gegenüber dem von der Komintern geforderten wöchentlichen Rhythmus)

²⁵Interessanterweise kommt der fortschrittliche Psychoanalytiker Erich Fromm bei seiner Studie „German Workers 1929 – A Survey, its Methods and Results“ auf Basis empirischer Studien zum gleichen Ergebnis; zitiert in Bodo Zeuner u.a.; Gewerkschaften und Rechtsextremismus; Dampfboot Verlag; 2007; S. 76

²⁶Konkret bedeutet dies, dass die sozialdemokratischen Traditionen in Deutschland und die mechanische Fixierung der Bürgerkriegsspezialisten der KI auf den Aufstand (siehe dazu das illegale Lehrbuch A. Neuberger; Der bewaffnete Aufstand; Reprint Europäische Verlagsanstalt; 1971) sich gegenseitig verstärkt haben. Das führte im Ergebnis dazu, dass man der militärischen Konterrevolution eines faschistischen Massenterrors weder in China 1927 noch in Deutschland 1933 gewachsen gewesen ist.

²⁷Verlag Rote Fahne, Die Bolschewisierung der KPD Teil 1, S. 49

- Planmäßigkeit der Arbeit und die Kontrolle der Ausführung²⁸, d.h. die Entwicklung einer **kommunistischen Arbeitsweise**
- Die **Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch Liquidierung des sozialdemokratischen Einflusses** sollte vor allem durch die Schaffung gewerkschaftlicher Massenorganisationen, nämlich der RGO und die Aufnahme des ökonomischen und politischen Abwehrkampfes der Arbeiterklasse durch Streiks geschehen. Die RGO hatte folgende Aufgaben:
 - Zusammenfassung der oppositionellen Kräfte in den anti-revolutionären Gewerkschaften; Ausgeschlossene Gewerkschafter organisatorisch auffangen und zur Zusammenarbeit mit den RGO-Genossen innerhalb des ADGB führen;
 - Den Kampf der vom ADGB nicht (!) organisierten Erwerbslosen mit dem der arbeitenden KollegInnen verbinden;
 - Selbständige Kämpfe gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer und reformistischen Funktionäre erfolgreich durchführen;
 - Mit eigenständigen RGO-Listen bei den Betriebsratswahlen Machtbastionen erobern, um die Bedingungen zur Aufnahme eigenständiger Kämpfe zu verbessern;

Selbst eine geraffte Darstellung der verschiedenen Einzelaspekte würde den Rah-

men dieses Textes sprengen. Diese unvollständige Aufzählung vermittelt aber einen Eindruck über die Komplexität der Bolschewisierung.

Zugleich wird damit offensichtlich, dass die antikommunistischen Propagandalügen einer "stalinistischen" Bolschewisierung, die angeblich nur erfolgt wäre, um die persönlichen Machtbedürfnisse des "Diktators" Stalin zu befriedigen und die die deutsche Partei in einen Haufen von Moskauer Söldner verwandelt hätte, in die dunkle Fantasiewelt von sex and crime und Horrormovies gehören und nichts, aber auch gar nichts mit der historischen Realität zu tun haben.

2.4 Bewertung der Bolschewisierung der KPD ab 1925

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die ab 1925 mit der Wahl des Thälmann-ZK's einsetzende Bolschewisierung der KPD ein notwendiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen ist. Um es einfach mal auf den Punkt zu bringen: ein Aufstand, der wie 1923 fehlschlug, war ein unwiederholbarer Fehler für die KPD.

Der Versuch nach dem Scheitern des revolutionären Ansturms 1918 bis 1923 in einem weiterhin zutiefst von sozialdemokratischen Traditionen geprägten Milieu in der kommunistischen Bewegung eine leninistische Kaderpartei als notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Revolution beim bevorstehenden nächsten Anlauf zu schaffen, bildet den größeren strategischen Rahmen für die konkrete Bolschewisierung der KPD in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik.

²⁸Verlag Rote Fahne, Die Bolschewisierung der KPD 1. Teil, S. 53

Die Offensivstrategie der KPD, die im Juni 1929 beschlossen wurde, und auf die fälschlicherweise die Bolschewisierung oft verkürzt wird, stellt die einzig sinnvolle strategische Option in einer Situation dar, in der für eine Defensivstrategie (Abwehr des Faschismus durch demokratische Bündnisarbeit von oben im Rahmen einer Volksfront) die dafür notwendigen Bündnispartner fehlen. Auch taktisch ist die Offensivstrategie zunächst durchaus erfolgreich angelaufen, wie z.B. die bis ca. Mitte 1930 wachsende Verankerung der RGO in den Betrieben belegt.

Zur Rolle der Bolschewisierung für den Kampf der KPD im Faschismus ist zu sagen, dass hier viele Lücken deutlich werden. Überreste eines sozialdemokratischen Organisationsverständnisses kosteten tausende GenossInnen gleich nach Machtergreifung der Faschisten das Leben oder die Freiheit. Vieles spricht dafür, dass große Teile der Parteibasis die Gefahr des Faschismus unterschätzten. Das Ausmaß ei-

nes solchen bürgerlichen Herrschaftssystems, das Volksgemeinschaft und Massenterror derart „gelingen“ im Sinne der Bourgeoisie verband, wurde oft nicht erkannt. Irrtümliche Erwartungen, man könne nach einigen Monaten der „Illegalität“ wie beim KPD-Verbot 1923 wieder zur Normalität zurückkehren, waren keine Seltenheit.

Trotzdem wäre es vollkommen falsch, höhnisch oder besserwisserisch auf den Widerstand der KPD gegen den Faschismus zu blicken. Die KPD wurde zwar entscheidend geschwächt, aber als einzige politische Kraft im antifaschistischen Widerstand nie zerschlagen.²⁹ Ohne letztlich doch noch die eigene Arbeitsweise zu verändern, wäre das sicherlich undenkbar gewesen.

Als These muss deswegen stehen bleiben, dass die Bolschewisierung der KPD als kontinuierlicher, dauernder Prozess der Anwendung des Leninismus auf die Verhältnisse in Deutschland Anfang der 1930er Jahre irgendwo auf halbem Weg stecken geblieben ist.

²⁹Zur Kontinuität des kommunistischen Widerstandes siehe T. Derbent, *Der Deutsche Kommunistische Widerstand 1933 bis 45*, Zambon-Verlag, 2011

Schlussbemerkungen

Kommunistischer Aufbau

Die Bolschewisierung muss man heute bzgl. verschiedener Aspekte betrachten:

- als historische Phase in der Entwicklung der KPD (und anderer Parteien der KI)
- als permanente Notwendigkeit der eigenen Stählung, Festigung und Vorwärtsentwicklung jeder Kommunistischen Partei/Organisation
- als Notwendigkeit der Überwindung von sozialdemokratischen Traditionen beispielsweise in einem so zutiefst sozialdemokratisch geprägten Milieu wie dem in Deutschland

3.1 Die historische Bolschewisierung

Historisch gesehen fassen wir die „Bolschewisierung“ als den Prozess der Schaffung des qualitativ höheren, *Neuen* (eine Kommunistische Partei leninischen Typs) durch die Überwindung des *Alten* (einer Kommunistischen Partei mit sozialdemokratischen Traditionen).

In der Darstellung der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik von Simone Reymers ist deutlich geworden, dass die Bolschewisierung nicht völlig abgeschlossen wurde und somit das in vielen Teilen der kommunistischen Bewegung herrschende Bild von der KPD als bedingungslos positivem Bezugspunkt nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Fraktionismus, die mangelnde Einheit in der Organisation, der letztlich sozialdemokratische Aufbau sind einige der wichtigsten Schwächen, die von uns bei der Berufung auf unsere GenossInnen dieser Partei beachtet werden müssen.

Selbstverständlich heisst das aber nicht, dass wir uns von der Tradition der Partei abgrenzen müssten. Im Gegenteil: Der Grad von organisatorischer Stärke, Verankerung in der Arbeiterklasse und politischer und ideologischer Stärke der KPD in den 20er und frühen 30er Jahren blieb seitdem in Deutschland unerreicht. Die KommunistInnen der Weimarer Republik bleiben die heroisch kämpfende Vorhut des Proletariats, in deren Tradition wir uns mit Stolz stellen.

Als These wollen wir zur Diskussion stellen, dass die positiven Ergebnisse der Bolschewisierung im Faschismus und nach dem 2. Weltkrieg nach und nach verloren gegan-

gen sind und einer Wiederkehr der alten sozialdemokratischen Traditionen Platz gemacht haben.

Dies spielte sich zunächst auf politischer Ebene ab. Die KPD betrieb ab den 40er Jahren anstatt einer kommunistischen Bündnispolitik teilweise eine politische Unterordnung unter die Sozialdemokratie nach dem Prinzip „Einheit um jeden Preis“. Sie war eine der ersten kommunistischen Parteien weltweit, die die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution 1953 kurz nach Stalins Tod aus ihrem Programm strich und schon zuvor 1947 in der SBZ/DDR die organisatorische Eigenständigkeit durch die Vereinigung mit der Sozialdemokratie aufgab. Auch ist es nicht mehr gelungen, die schon von der Komintern bei ihrer Gründung erhobene Forderung im ausreichenden Maße umzusetzen, dass jede Partei einen illegalen Apparat unterhalten müsse, um den Schlägen der Konterrevolution widerstehen zu können. Die Verfolgung der KommunistInnen nach dem KPD-Verbot 1956 zeigen das. Trotzdem muss man sich davor hüten, mit einer arroganten „Wir wissen und machen heute alles besser!“-Haltung an die kommunistische Geschichte heranzugehen.

Trotz aller berechtigten Kritik an der Arbeitsweise der KPD muss man beachten, dass diese Partei seit ihrer Gründung auf einem revolutionären Programm stand. Die Ausrichtung, aus der damals bestehenden Partei eine leninistische Kampfpartei zu formen, war deswegen richtig und es bot sich auch keine echte Alternative dazu in Deutschland, da das Problem der sozialdemokratischen Traditionen überall verbreitet war und die Massenbasis der KPD nun mal im entwickelten Klassenkampf stand.

Auch wenn unsere Feinde sehr mächtig waren und sind: die niemals zu Ende geführte Bolschewisierung der KPD heisst

letztlich auch, dass die Frage, was notwendig ist, um diesen Feind zu stürzen in Deutschland bisher nicht folgerichtig beantwortet wurde. Um dies in der Praxis zu tun, wird auch eine neue Generation von KommunistInnen viele Jahre benötigen. Eine leninistische Partei entsteht nicht am Schreibtisch oder in den Seiten dieses Heftes, sondern im Klassenkampf.

3.2 Bolschewisierung als permanente Aufgabe jeder kommunistischen Organisation

Allgemein betrachtet sehen wir die Bolschewisierung als eine permanente Aufgabe für jede kommunistische Organisation zu jeder Zeit. Nicht als schematische Kopie der historischen Bolschewiki in Russland, sondern als „Tätigkeit, die allgemeinen Grundsätze des Leninismus auf die gegebene konkrete Situation in dem einen oder anderem Lande anzuwenden.“ Jeder Aufbau einer Kommunistischen Partei ist ein ständig widerspruchsvoll verlaufender Prozess, in dem GenossInnen oder ganze Strukturen schwanken und zurückfallen können. Der Feind hat vielfältige Methoden von gezielt eingesetzten ideologischen Rauchbomben über Integrationsversuche bis hin zu chirurgischen oder flächendeckenden Repressionsschlägen entwickelt, um dieses Zurückfallen unserer Organisationen hervorzurufen. Der Kampf zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat ist natürlich nicht nur auf ideologischem Niveau permanent.

Von den inneren Widersprüchen der kommunistischen Organisation und ihrem ständigen Kampf mit dem Feind abgesehen

müssen wir die Entwicklung des Klassenkampfes und der imperialistischen Widersprüche als weitere Faktoren hinzuziehen, die eine ständige Revolutionierung unserer Theorie, politischen Linie, unserer Strukturen und nicht zuletzt unserer GenossInnen selbst erforderlich macht. Die Entwicklung ist permanent, das lehrt die Dialektik. Wer stehen bleibt, wird geschlagen, wird seinen Aufgaben nicht gerecht. Die Nichtveränderung ist keine Option für uns KommunistInnen.

In diesem Sinne soll deswegen die „Bolschewisierung“ der Partei als andauernde, nicht einmalig zu lösende Aufgabe, als wichtige allgemeine Säule des Parteaufbaus behandelt werden.

3.3 Bolschewisierung heute

Heute für die konkrete Situation in Deutschland geht es vor allem darum, etwas Neues auf der von vornherein „richtigen“, „bolschewistischen“ Grundlage zu schaffen – das von Beginn an versucht, mit sozialdemokratischen Traditionen zu brechen. Diesen Weg müssen wir jedoch als Menschen gehen, die in einer ideologisch feindlichen Umgebung politisiert worden sind und permanent durch bürgerliche Einflüsse zurückgezogen werden. Wir müssen uns also aus dem Sumpf an den eigenen Haaren herausziehen und in diesem Sinne ständig bolschewisieren.

Die aktuelle Situation unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der historischen Bolschewisierung.

Offensichtlich befinden wir uns nicht in einer Situation wie der, in der die Bolschewiki unter Führung von Lenin in den Jahren 1902 bis 1905 gewesen sind. Sie konn-

ten und mussten unter den Bedingungen tiefster Illegalität eine Partei neuen Typs in einer Arbeiterklasse und einem Land wie dem zaristischen Russland sozusagen von Null aufbauen. Sie mussten sich nicht mit gewachsenen und fest in der ArbeiterInnenklasse und der kommunistischen Bewegung verwurzelten sozialdemokratischen Traditionen und Organisationen herumschlagen.



*Straßenschlacht bei
Anti-G8-Demonstration 2007 in Rostock*

Wir befinden uns aber auch nicht in der Situation der historischen KPD in der Weimarer Republik, die zwar mit tiefen sozialdemokratischen Merkmalen behaftet war und ideologisch zunächst nicht vereinheitlicht war, jedoch aus der Tradition der Novemberrevolution geboren war und deren Mitgliedschaft praktisch alle deutschen KommunistInnen umfasste. In dieser Situation war tatsächlich die Hebung des politischen organisatorischen Niveaus dieser Organisation die einzig sinnvolle Option. Nach der Vereinigung mit der Mehrheit der USPD liess sich die Aufgabe der Bolschewisierung also als die Umwandlung einer sozialdemokratisch geprägten Massenpartei zu einer leninistischen Partei neuen Typs formulieren.

Heute jedoch sind die Potentiale für den Parteaufbau in Deutschland unserer Annahme nach zersplittert und werden sich zum Teil noch in kommenden Massenkämpfen entwickeln. Sich dabei nur auf die Teil-Potentiale in den kommunistischen oder revisionistischen Organisationen zu konzentrieren, schließt den Fehler ein, sich die Möglichkeiten zu nehmen, im umfassenden Sinne auf alle anderen Potentiale in anderen Organisationen oder in den Masse mit einer korrekten Linie einzuwirken. Dementsprechend muss unser Ziel vielmehr der Aufbau einer „bolschewistischen“ Partei sein, als die Konzentration auf die „Bolschewisierung“ der bestehenden Strukturen.

Bedeutet das, dass von einer „Bolschewisierung im 21. Jahrhundert“ zu sprechen eine falsche und schematische Übertragung der Ausrichtungen der Komintern aus den 20er Jahren wäre? Wir haben herausgearbeitet und stellen hier zur Diskussion, dass die Schaffung und Entwicklung einer leninistischen Organisation in einem sozialdemokratischen Milieu, wie dem, das wir heute in Deutschland vorfinden, ein Veränderungsprozess ist, der weit über das bloße Denunzieren des sozialdemokratischen Verrats auf politischer Ebene und dem „Abwerben“ von ehrlichen Kräften aus opportunistischen Organisationen hinausgeht. Wir müssen vielmehr anerkennen, dass wir alle von den oben genannten sozialdemokratischen Traditionen und einigen mehr geprägt sind, wie es auch nicht anders sein kann und entsprechend an der ständigen Stärkung unserer eigenen Strukturen arbeiten.

Einige Elemente, die uns besonders wichtig erscheinen sind:

a) Pazifismus: Die bewusste oder unbewusste, theoretische oder nur praktische Ablehnung der revolutionären Gewalt, was teilweise in Form von Etappentheo-

rien („wir befinden uns in einer nicht-revolutionären Phase“, „die Arbeiter werden sich schon selbst bewaffnen“) bemängelt wird.

b) Legalismus: Der Legalismus ergibt sich logisch aus diesem Pazifismus; wer nicht ernsthaft an die Revolution in Deutschland denkt, der muss sich auch vor dem Feind nicht in Acht nehmen. Der Legalismus wurzelt entweder darin, dass man sich selbst nicht ernst nimmt oder den deutschen Imperialismus unterschätzt; manchmal auch in einer Kombination beider Erscheinungen.

c) Liberalismus: Der Liberalismus ist ebenfalls weit verbreitet und äußert sich insbesondere im vielfach zu beobachtenden Zurückschrecken vor offenen politischen Auseinandersetzungen oder offener Kritik und Selbstkritik. Der Liberalismus ist ein lähmendes Gift, das die Entwicklung der kommunistischen Bewegung sehr stark hemmt.

d) Spontaneismus: Leider müssen wir feststellen, dass viele KommunistInnen wertvolle Kritiken an ihren eigenen Organisationen und am Status quo der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu leisten haben, aber selbst vor den ersten und einfachsten Schritten in die Richtung, selbst eine führende Rolle bei der Veränderung dieser Situation zu spielen, zurückschrecken. Stattdessen bleibt oft das Verweilen im eigenen wohlbekannten Arbeitsfeld vorherrschend.

3.4 Einige organisatorische Schlussfolgerungen

Wie oben geschildert war ein Hauptziel der Bolschewisierung die Überwindung des

lähmenden Fraktionswesens auf Basis einer einheitlichen Parteilinie. Ohne Zweifel ist auch die kommunistische Bewegung in Deutschland von dieser Erscheinung geprägt; teilweise so sehr, dass man bei einigen Organisationen in Frage stellen kann, ob sie nicht mittlerweile mehr einer lose zusammengehaltenen Strömung als einer Organisation entsprechen. Andererseits müssen wir berücksichtigen, dass die ideologische Schwäche der fortschrittlichen Bewegung größer ist als in der Weimarer Republik und dass kurzfristig nicht in Sicht ist, dass die Mehrheit dieser Bewegung zentrale und prinzipielle Fragen wie die Frage der gewaltsamen Revolution, der Diktatur des Proletariats, der leninistischen Organisationsprinzipien und des Revisionismus klärt und sich dann in einer Organisation vereinigt.

Für die Organisationen der Revolutionäre bleibt aber natürlich das Herausbilden eines einheitlichen Willens und das gemeinsame Handeln eine unumgängliche Notwendigkeit. Dies muss sich auch in ihren Organisationsformen widerspiegeln. Vorherrschend ist heute oft die Herangehensweise, die politische Arbeit als Hobby für die Feierabende zu betrachten, bei der jeder vor allem dort arbeitet, wo er selbst am meisten interessiert ist. Häufig resultiert das darin, dass ein Hauptteil der Arbeit in sogenannten „AGs“ verlagert wird. Als Mittel der Arbeitsteilung ist das natürlich zulässig. Die kommunistischen Zellen müssen aber viel weiter gehen. Sie müssen die Arbeit verschiedener Arbeitsbereiche zusammenführen. Sie müssen ein kollektives Bild über die Gesamtlage in ihrem Verantwortungsbereich (bspw. einer Stadt, einem Viertel, einem Betrieb) erarbeiten.

Dass GenossInnen einfach ihre persönlichen Bedürfnisse zur Leitlinie der Politik, die sie machen, erklären, kann nicht das

Prinzip einer Kommunistischen Partei sein. Hier gilt es vor allem nach politischen Notwendigkeiten vorzugehen, wobei dies natürlich mit Fähigkeiten und auch besonderer Motivation von GenossInnen für bestimmte Bereiche in Einklang zu bringen ist. In der Arbeit mit den Massen und SympathisantInnen mit dem Kommunismus müssen wir aber auch andere Herangehensweisen entwickeln. Hier besteht gerade die Kunst darin, auch jenen, die zwar mit dem Kommunismus sympathisieren, jedoch aus verschiedensten Gründen eine begrenzte Einsatzbereitschaft/Fähigkeit aufzeigen, eine der Bewegung nützliche Arbeit zu verschaffen.

Ein Symptom, an dem sich der Liberalismus in der Kontrolle und Anleitung, an dem die historische KPD krankte, zeigte, waren die Beziehungen der Parteiorganisationen zu den kommunistischen Fraktionen in der Gewerkschaft. Die Tatsache, dass es zeitweilig in der Weimarer Republik möglich war, dass ein Kommunist in der Partei als Parteimitglied handelte, in der Gewerkschaft aber nach eigenem Gutdünken handeln konnte, steht exemplarisch für das, was Liberalismus im Kern ausmacht: Kein umfassendes Leitungsverständnis und Begrenzung der Verpflichtung gegenüber der Partei auf eingegrenzte Bereiche.

Es ist allgemein bekannt, dass heute eine beträchtliche Anzahl früherer GenossInnen der sogenannten „K-Gruppen“ ein warmes Plätzchen im Gewerkschaftsapparat (oder anderswo im bürgerlichen Staat) gefunden haben. Einerseits ist das ein stets warnender Beweis für die massiven Möglichkeiten, KommunistInnen zu integrieren, die der Klassenfeind in Deutschland aufweist. Jedoch liegt auch die Vermutung nahe, dass es eine gewisse Schwäche der kommunistischen Zellen bei der Kontrolle ihrer GenossInnen, die in Betrieb und Gewerkschaften

Posten „erobert“ hatten, war, die diese Entwicklung ermöglicht hat.

Interessanterweise kritisierte die Kominintern nicht nur die Struktur der einzelnen Parteizellen, sondern auch die Gesamtstruktur der Kommunistischen Parteien. Insbesondere der Parteiapparat wurde einerseits oft als zu schwach, andererseits als aufgeblasen und bürokratisch bezeichnet. Die Kritiken für den schwachen Parteiapparat bezogen sich meist auf infrastrukturell und personell schlecht ausgestattete Grundzellen und Zellenleitungen; die Kritik des Bürokratismus auf große Zentralstellen (ein weiteres sozialdemokratisches Überbleibsel). Für uns mag das in der heutigen Situation, wo es an allen Ecken und Enden an fähigen kommunistischen Kadern mangelt - gar nicht zu reden von solchen, die sich zu professionellen Revolutionären entwickeln - nach einem Luxusproblem klingen. In der Tat wird aber auch für uns eine Herausforderung darin bestehen, nicht alle fähigen Kader in die Zentrale oder schlimmer noch in X verschiedene Gremien zu beordern, sondern auch den lokalen Strukturen eine genügende Stärke zu überlassen, um selbstständig handeln zu können, wie es in einer leninistischen Partei die unbedingte Pflicht jeder Zelle der Parteibasis ist. Andererseits darf dies nicht bis ins Absurde theoretisiert werden, denn selbstverständlich können manche Funktionen (Leitungsaufgaben, Schulungsarbeit, deutschlandweite Agitation und Propaganda) nur

sinnvoll auf einer zentralisierten Ebene erstellt werden.

3.5 Nutzen wir die Erfahrungen der Bolschewisierung für den Aufbau der Kommunistischen Partei!

Vor uns steht die Aufgabe, die Erfahrungen der gefallenen und verstorbenen GenossInnen aufzunehmen, auszuwerten und daraus zu lernen.

Die deutsche kommunistische Geschichte ist reicher an für uns wichtigen Lehren, als die eine oder andere annehmen mögen. Um wirklich einer neuen Generation von KommunistInnen bei ihren heutigen Aufgaben von Nutzen zu sein, muss die kommunistische Geschichtsschreibung sowohl von bürgerlich-antikommunistischer „Extremismus“-Theorie wie von pseudokommunistischer einseitiger Verklärung und Heroisierung befreit werden.

Wir hoffen, dass unsere Gedanken zur Bolschewisierung der KPD als Motivation und Anregung zum selbstständigen Erforschen der kommunistischen Geschichte Deutschlands gedient hat und freuen uns auf die Diskussion mit allen interessierten GenossInnen.